

Gewerkschaften und soziale Protestbewegungen – Lehren aus den südeuropäischen Kämpfen im neuen Protestzyklus

I.

Die Europakrise beschäftigt die öffentliche wie wissenschaftliche Debatte seit etlichen Jahren. Das aus ordoliberalen Vorstellungen heraus entstandene „sanfte Monster Brüssel“ (Enzensberger 2011) ist in Südeuropa mittlerweile alles andere als sanft. Konsequenter zerschlägt es alle Ansätze, die mit dem Versprechen auf eine nachholende Sozialstaatlichkeit zu Zeiten EU-Beitritts der südeuropäischen Staaten in den 1980er Jahren verknüpft gewesen sein mögen. Und wenn mit der Euro-Einführung um die Jahrtausendwende noch das Versprechen auf mehr Freiheit, wachsende Märkte und größeren Wohlstand verknüpft wurde, so beruht der „Triumph gescheiterter Ideen“ (Lehndorff 2012) heute auf der Drohung, ohne weitere „Reformen“, sprich Liberalisierung der Märkte und Privatisierung, seien Wohlstand und verbliebene Sozialstaatlichkeit auch in den Kernländern der EU nicht mehr zu sichern. Schuldzuweisungen treten an die Stelle der alten Zukunftsversprechen. Die werden zugleich im Blick auf neue Märkte und Freihandelszonen (TTIP) wiederholt – und Entscheidungen werden einmal mehr im Stillen vorbereitet.

Die Ergebnisse der rigiden Sparpolitik im Zeichen neoliberaler Glaubenssätze sind bekannt: die Krise der EU hat sich verschärft. Zunehmend nimmt sie auch politischen Charakter an. Das angedrohte „Grexit auf Zeit“ war der vorläufige Höhepunkt. Sozialer Kahlschlag und „marktkonforme“ Aushöhlung demokratischer Rechte führen in den südeuropäischen Ländern zu Protestbewegungen. Die Wahlerfolge von Syriza sind ein „Votum gegen das erniedrigende soziale Elend“ und haben „Sand ins Brüsseler Getriebe gestreut“ (Habermas 2015). In Spanien sind linksalternative Bewegungen in Madrid, Barcelona und den meisten großen Städten erfolgreich oder wurden zur stärksten politischen Kraft. Mancher Europapolitiker mag da etwas beunruhigt auf kommende Parlamentswahlen blicken.

Mittlerweile ist die politische Krise der EU nicht länger allein Gegenstand akademischer Debatten. Amartya Sen hat die neoliberalen Rezepturen aus Brüssel und Berlin mit einem Medikament verglichen, „das eine toxische Mischung aus Antibiotika und Rattengift enthält“ (zitiert nach Habermas 2015). Und seine Durchsetzung war ein Einschnitt. Deutschland als Hegemon trifft seit dem 11./12. 07 in der ausländischen Presse auf ungewohnte Kritik. Im politischen Gefüge der EU sind Risse entstanden. Manche Beobachter, wie etwa Frank Hoffer (2015) oder der frühere sozialdemokratische Europapolitiker Günter Verheugen (2015) zeigen sich zutiefst besorgt. Verheugen fordert politische Lösungen und kritisiert, „die Griechenlandhetze“ habe „bei uns angefangen“. Und Hoffer schreibt in der „Gegenblende“: „Es grenzt an Realis-

tätsverweigerung, wenn man unter diesen Umständen die unabweisbare Notwendigkeit eines Kurswechsels mit Verweis auf bestehende Vertragsdiktate ignoriert. Das Austeritätsprogramm für Griechenland gilt offiziell nach wie vor als alternativlos und wird zugleich vom IWF, der ‚Mutter aller Austeritätsprogramme‘, als aussichtslos eingestuft“.

Seit 2009 haben wir im „Forum neue Politik der Arbeit“ ([www:FNPA.de](http://www.FNPA.de)) auf vielen Jahrestagungen auf die europäischen Krisenentwicklungen reagiert. Ausgehend von je nationalen Gegebenheiten haben wir gemeinsame europapolitische Perspektiven diskutiert. Angesichts der Defensive der Gewerkschaften sind die Ergebnisse der letzten Tagung (FNPA 2015) ernüchternd. Das verweist auf Überlegungen am Anfang unseres Projekts zurück. Im Dialog mit Repräsentanten neuer sozialer Bewegungen hofften wir seit 2001, einen offeneren Blick für (arbeits)politische Neuansätze zu erlangen. Gewiss war der Umgang mit den ökologischen Herausforderungen gegen das neoliberale Rollback für die Gewerkschaften nie einfach.¹ Wer aber das Zusammengehen von Gewerkschaften und NSB von vorneherein für unmöglich erklärten, landete gewerkschaftssoziologisch schnell bei konservativen neoinstitutionalistischen Ansätzen.² Es gibt gute Gründe, die Aufmerksamkeit auf die wechselseitigen Beziehungen von Gewerkschaften und neuen sozialen Protestbewegungen zu richten – gerade angesichts neuerer Entwicklungen in Südeuropa und unbeeindruckt davon, dass die Hardliner in Berlin und Brüssel den griechischen Widerstand erst einmal ausgebremst haben. Mit Karl Georg Zinn (2015, 27) gilt, dass „der griechische Aufstand gegen den neoliberalistischen Kapitalismus (...) keine Singularität bleiben“ wird.

II.

Am Beginn des europäischen Projekts wurden die Gewerkschaften benötigt und aktiv eingebunden (FNPA 2015, Rieger 2015). Die Perspektive auf ein soziales Europa war in den ökonomisch dynamischen ersten Nachkriegsjahrzehnten auch ihr Projekt. Die Montan- und dann die Wirtschaftsunion als eher ordo-liberales Projekt, dem jede Einbettung in einen öffentlichen politischen Prozess fern lag, bereitete ihnen kaum Probleme. Doch mit Beginn des neoliberalen Rollbacks wurden sie zunehmend an

¹ Ihr ökologischer Diskurs, vor allem bei der IGM, hatte keine allzu lange Konjunktur. Zum Verlust von potentiellen Bündnispartnern für einen Ökologischen vgl. Dörre (1999), zum Versuch der IG BAU, Nachhaltigkeit zu einem neuen Leitbild zu machen Ammon u.a. (2006).

² Walther Müller-Jentsch z. B. hat seine Positionen in diesem Sinne verändert, als er Mitte der 1980er Jahre den Gewerkschaften – als „integrativem Bestandteil des mit dem Industrialismus symbiotisch verbundenden bürokratischen Gehäuses“ jegliche Fähigkeit zur Öffnung gegenüber den damals neuen sozialen Bewegungen (Ökologiebewegung, Frauenbewegung) abgesprochen und – in expliziter Absetzung gegenüber Peter von Oertzen, der im gleichen Jahr „für einen neuen Reformismus“ (v. Oertzen 1984) plädierte - alle Hoffnungen aufgegeben hat auf „die Stärkung der Selbsttätigkeit der einzelnen Arbeitnehmer, die Demokratisierung des Betriebs, mehr Gewerkschaftsdemokratie und – last but not least – die Entbürokratisierung des Tarifwesens“ (Müller-Jentsch 1984, 27). Zu einer zur gleichen Zeit formulierten gegenläufigen Position siehe Martens/Peter/Wolf 1984.

den Rand gedrängt. Mittlerweile müssen sie sich auch in den Kernländern der EU die Möglichkeit vor Augen führen, dass sie für den herrschenden Politikbetrieb verzichtbar werden könnten. Im Süden ist das schließlich schon der Fall. Die Austeritätspolitik forciert ein „race to the bottom“. Der Druck auf Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit nach deutschem Vorbild dreht die Spirale weiter. Letztlich muss so neuer Druck auf die Arbeitskosten hier entstehen. Fragen nach Alternativen aus gewerkschaftlicher Sicht im „umkämpften Projekt Europa“ (Rieger 2014, www.ewuropa-neu-begründen.de), können aber nicht unter Absehung von neuen sozialen Bewegungen (NSB) behandelt werden. Sie sind seit 2010 – nicht nur in Europa, sondern weltweit – in Reaktion auf die Krisenentwicklungen entstanden (Azzellini 2014). Spanien und Griechenland bieten lehrreiches Anschauungsmaterial.³

In Griechenland wie Spanien zahlten die Gewerkschaften den Preis für die Vasallentreue zu den sozialistischen Parteien. Ihr Widerstand nach alten Mustern läuft leer. Spanien wird ein „Schulbeispiel für die Instrumentalisierung der massenhaften Angst vor Arbeitslosigkeit für einen neoliberalen Umbau der Arbeitsbeziehungen“ (Köhler-Jiménez 2014, 375). Die NSB entwickeln sich ohne die Gewerkschaften. Deren Repräsentanten treffen bei ihnen auf Vorbehalte. Kennzeichnend ist die Eroberung öffentlicher Räume – in Griechenland die Besetzung des Syntagma-Platzes am 25. 11. 2011 nach dem Vorbild der spanischen Indignidad@s der 15M-Bewegung (Candeias/Völpel 163). Die NSB werden in Spanien vielfach von AkademikerInnen in prekären Lebensverhältnissen getragen. Die *marea verde* (im Bildungs- und die *marea blanca* im spanischen Gesundheitssystem ragen als Beispiele heraus (Huke/Tietje (2014). Aber auch jenseits der großen Gewerkschaften – in Spanien also der CCOO und UGT mit zusammen etwa 1,7 Mio., in Griechenlands Privatwirtschaft der GSEE mit 300.000 Mitgliedern, der ADEDY für die Staatsbediensteten – bemerkenswerte Initiativen von Organisationen prekär Beschäftigter, in Griechenland bei der PGB⁴, in Spanien der Landarbeitergewerkschaft SAT.⁵

Die Aktionen der PGB zielen nicht auf die Frage, welche gewerkschaftlichen Aktivitäten angesichts der Notlage der griechischen Gesellschaft zweckdienlich und möglich seien. Eher laufen sie eher darauf hinaus, „die Inhalte der Gewerkschaftsbewegung insgesamt neu zu bestimmen“ (Vogiatzoglou 2014). Der Begriff des Arbeitsplatzes

³ Ausführlich zum Verhältnis von „neuen“ sozialen Protestbewegungen und „alten“ Gewerkschaften siehe Martens 2015c.

⁴ Die PGB-Gewerkschaften haben über die Athener Koordination sehr aktiv an der Antiausteritätsbewegung mitgewirkt: „Während die GPB-Aufrufe Zehntausende, gelegentlich sogar hunderttausende mobilisierten: Vogiatzoglou spricht von eigenständigen Aufrufen zu Generalstreikdemonstrationen) und zur treibenden Kraft aller Anti-Austeritätsdemonstrationen wurden, gelang es dem GSEE nie, mehr als zehntausend Teilnehmer am Ausgangsplatz ihrer Kundgebungen zu versammeln“ (Vogiatzoglou 365).

⁵ U. a. werden von Huke/Tietje (2014, 545) neben „traditionell gewerkschaftlichen“ Aktionen (Streiks, Besetzungen, auch Sabotage) im Jahr 2012 kollektive Aneignungsaktionen wie Plünderungen von Supermärkten genannt. Für die SAT entsteht „die Gefahr, mehr Bewegung und auf betrieblicher Ebene nicht handlungsfähig zu sein“.

und Machtverhältnisse der Arbeitswelt werden hinterfragt, Vorschläge unterbreitet, die auf „radikale Veränderungen der Form und Inhalte *gewerkschaftlicher Organisation* hinauslaufen“ (a. a. O. 366). In Spanien wirken die Internalisierung der typischen basisnahen Strukturen der Protestbewegung und eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und Nähe zu Bewegungen und Solidaritätsnetzwerken dem Legitimationsverlust der Gewerkschaften entgegen (Huke/Tietje 2014). Doch das Beispiel der SAT zeigt auch Grenzen einer Konfrontationsstrategie. Eine „Normalisierung“ radikaler Politik ist nur um den Preis hoher Geld und auch Gefängnisstrafen möglich.⁶ „Radical political unionism“ bietet nur begrenzt Antworten auf betriebliche Herausforderungen. Das Fazit bei Huke/Tietje lautet:

- Das Spannungsverhältnis zwischen Gewerkschaftslogiken und basisdemokratischen Vollversammlungen konnte nicht aufgehoben, aber produktiv gewendet werden.
- Das Solidaritätsverständnis der Gewerkschaften wurde ausgeweitet. Betriebliche Kämpfe wurden verstärkt in gesellschaftliche Kämpfe um Gemeingüter wie Bildung und Gesundheit eingebettet.
- Vermehrte gewerkschaftliche Massenmobilisierung auf der Straße stand dem Problem „geringer Responsivität des Staatsapparateensembles“ gegenüber.
- Es gelang durch zivilen Ungehorsam die Austeritätspolitik zu diskreditieren und zu unterlaufen. „Der Protestzyklus 15M hat gewerkschaftliches Handeln verschoben – auch das der Mehrheitsgewerkschaften.“ Aber: „die Neuorientierung von CCOO und UGT schlägt sich bisher nur begrenzt in einer Veränderung grundlegender gewerkschaftlicher Routinen und strategischer Dispositionen nieder“. Bei Verhandlungsangeboten der Regierung saßen sie „blitzschnell wieder am Verhandlungstisch“ und würden „möglicherweise die Mobilisierung teilweise deaktivieren“, so ein Mitarbeiter der CCOO.
- Mit der Erschöpfung des Bewegungs-Zyklus stünden auch den Gewerkschaften harte Zeiten bevor.

Köhler/Jiménez urteilen sehr viel skeptischer. Aus ihrer Sicht drohen eine „zunehmend zerstreute soziale Protestbewegung“ und „geschwächte Gewerkschaften“ in der „Flut von antisozialen Maßnahmen und Gesetzen“ zu ertrinken (a., a. O. 376).

III.

Es ist die Analyseperspektive, die die Unterschiede macht: Will man zurück zu alten Machtpositionen und Verhandlungsmustern, oder liegt der Akzent auf dem, was neu entstehen kann? Im zweiten Fall nämlich geht es nicht um Revitalisierung der Gewerkschaften nach dem Muster von Institutionalisierungs- und Organisationsprozessen der Vergangenheit. Vielmehr geht es um neue Handlungsmächtigkeit aus den

⁶ Laut Bellara i Kirchhoff (FNPA 2015) sind Formen zivilen Ungehorsams wieder in einem Maße strafbewehrt, das den Vergleich zum Franco-Regime fast schon wieder nahe legt.

Ansätzen der NSB heraus. Die Frage lautet dann, ob sich daraus ein in die Zukunft hin offenes Transformationspotential entbinden lassen könnte. In diesem Kontext stellt sich dann die Frage, ob und wie den alten Gewerkschaften als Teil eines solchen Prozesses eine Revitalisierung gelingen kann. Es geht dann um neue, radikalere, politischere Antworten. Die haben zuerst in Form von Syriza Gestalt gewonnen – und wurden in Berlin und Brüssel ausgebremst. In Griechenland wie in Spanien bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Sie ist offen. Aber für das Verhältnis von Gewerkschaften und NSB sind erste Thesen möglich:

(1) Kennzeichnend sind die basisdemokratischen Strukturen der neuen sozialen Bewegungen.

Die NSB zeichnen sich durch horizontale basisdemokratische Strukturen aus – oft verbunden mit Kritik am herrschenden repräsentativen System: „Sie nennen es Demokratie, aber das ist es nicht“ lautet eine Parole zu Beginn der Proteste in Spanien, „Sie repräsentieren uns nicht“ in Brasilien, „die Menschen müssen regieren“ in Portugal (Azzellini 498f). Die Aktualität von Hannah Arendts Analyse der Revolutionen von 1776 bis 1956 (Arendt 1974) wird sichtbar. Deren rätendemokratischen Ansätze sind nie über den „statu nascendi“ hinausgekommen. Viele alte Fragen zum schwierigen Verhältnis zwischen direkter Demokratie und Repräsentation des Demos durch politische Parteien schließen sich hier an.

Arendt stellt – dieses Verhältnis resümierend – fest: „Selbst wenn ein Wunder geschehen wäre und die revolutionären Parteiprogramme sich wirklich als Heilmittel aller gesellschaftlichen und politischen Übel erwiesen hätten, so hätten die Räte immer noch gegen sie rebelliert; denn in der Kluft zwischen Partei-Experten, die alles wussten, und dem Volk, bzw. den Parteimitgliedern, denen die Exekution befohlen wurde, musste das Streben und die Fähigkeit des einzelnen Bürgers, selbst zu handeln und sich seine Meinung zu bilden, untergehen.“ (a. a. O.340) Im Grunde hätten „die Parteien von rechts bis links sehr viel mehr miteinander gemein, als auch die revolutionärste von ihnen je mit den Räten gemein hatte“ (a. a. O. 352).

(2) Es gilt von Neuem über Arends Vertrauen in das „Wunder der Politik“ nachzudenken.

Die NSB geben Anlass, mit Arendt (1993) daran festzuhalten, dass „das Wunder der Politik“ möglich ist, ja sich gerade wieder zu vollziehen begonnen hat – und im Blick auf die neuen historisch spezifischen Handlungspotentiale genauer hinzusehen. Für 2011 vom Beginn eines neuen Protestzyklus zu sprechen (Roth 2012, Azzellini 2013) liegt durchaus nahe. Das Vertrauensverhältnis in die repräsentative Demokratie ist in Südeuropa tief erschüttert, Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien haben einen ihren Niedergang erlebt.

Die Schaffung eines Raumes für politisches Handeln des Demos selbst, und nicht nur seiner gewählten Repräsentanten, ist eine seit 1776 und 1789 ungelöst gebliebene Herausforderung (Arendt 1974). Dann, im „Jahrhundert der Revolutionen“ ist die Selbsttätigkeit des Demos stetig in Gestalt der Räte wiedergekehrt. In den neue-

ren Debatten um die Krise der Demokratie (Martens 2010,75-110, 2014, 72-98) spielen folgerichtig Fragen nach Beteiligung und Eigentätigkeit des Demos eine große Rolle, fast immer mit Bezug auf Arendt. Auch Habermas ist noch Arendts emphatischem Politikbegriff verbunden, aber er denkt von den politischen Institutionen her (Habermas 2014). Arendts Werk sei hoch anregend zur Analyse der Entstehung politischen Handelns, aber nicht weiterführend zum Verständnis strategischer Politikformulierung und verbindlichen Entscheidungen, hat er einst konstatiert (Habermas 1971, 242ff). Doch vielleicht muss man hier weiterdenken.

(3) Die sozialen Protestbewegungen entstanden in großer Distanz gegenüber traditionellen Parteien und Organisationen, also (zunächst) auch den Gewerkschaften. Den neuen Medien kommt einige Bedeutung für ihre dynamische Entwicklung zu.

Überall sind die NSB ohne engen Bezug zu bestehenden Parteien, Verbänden etc. entstanden. Sie haben sich des „klassischen“ öffentlichen Raums bemächtigt, Plätze besetzt (Candeias/Völpel 2014). Gerade auch gegenüber den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und den ihnen nahestehenden Gewerkschaften bestand eine große Distanz. Kennzeichnend sind ferner rasche transnationale Lernprozesse. Bedeutend ist dabei die Rolle neuer Medien. Roths (2012) These von der katalytischen Funktion von Social Media im Zuge der Entfaltung des Protests bestätigt sich. Kennzeichnend für die NSB sind ihre Vernetzungsdichte, hohe Spontanität und hohe Dynamik. Der Protest entwickelt sich in Gestalt nicht linearer Systeme. Die Protestierenden machen die Erfahrung, dass sie über die Bildung von Netzen Macht entfalten können und dass sich Macht so neu definiert.

(3) Es gibt Gemeinsamkeiten in der Klassengrundlage der Protestbewegungen. Aktivisten sind gut qualifizierte Menschen.

Bemerkenswert sind weitere Gemeinsamkeiten. Das betrifft allererst die Klassengrundlage: junge gut qualifizierte Menschen tragen die Aktionen. Hohe Aktivitäten sind insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich zu beobachten. Der Kampf um öffentliche Güter spielt eine herausgehobene Rolle. Hier sind auch eher als konservativ geltende, relativ privilegierte Beschäftigtengruppen, wie in Spanien die Ärzte, mobilisierbar – und dann so kreativ wie bei uns im Ärztestreik 2005/6 (Martens 2007). Ähnliche Bewegungsformen findet man in den NSB am „unteren Rand“ der Gesellschaft, bei Landarbeitern ohne Papiere, rechtlosen Arbeitsimmigranten. Die basisdemokratischen Orientierungen und einige Kreativität bei der Entwicklung von Protest- und Kampfformen fallen auf.

(4) Nicht zu übersehen ist die scheinbar rasche Erschöpfung der Bewegungen - unterschiedlich bewertet im Blick auf die traditionellen Organisationen und Institutionen der Arbeit.

Nicht überraschend erschöpfen sich die basisdemokratischen Bewegungen nach einem kurzen Sommer. Aber wichtig ist: sie setzen sich in Spanien über drei Jahre hinweg fort – in Branchen und Regionen nicht immer gleich. Auch in Griechenland haben sich neue Strukturen entwickelt, nicht nur in Gestalt von Syriza, auch in Form von Arbeiterclubs, Kooperativen usw. In Europa und den USA (Occupy) berichten die Medien spät, spärlich und sehr selektiv. Aber man kann sie weder verschweigen noch einfach niederknüppeln. Selbst in Ägypten ist das nicht so leicht. Das Rollback braucht länger. Seine längerfristigen Ergebnisse bleiben noch immer abzuwarten. In den südeuropäischen Ländern bleibt offen ob, und wie das „Plätze sichern!“ gelingt. Es gibt die beiden Interpretationen – bei ähnlichem empirischem Befund: (Köhler/Jiminez) im Blick auf traditionelle Organisationen und Institutionen der Arbeit überkommene Muster von Arbeitspolitik fällt das Urteil pessimistisch aus.⁷ Zielt der Blick eher auf das Entstehen epochal neuer Formen sozialen Widerstands, sieht man den „Maulwurf“ weiter an der Arbeit. Wie die Kommunalwahlen in Spanien gezeigt haben, ist solche „Maulwurfsarbeit“ durchaus erfolgreich in der Schaffung neuer stabilerer Strukturen. Und auch in Griechenland ruht die breite Protestbewegung, aus der heraus Syriza entstanden in der zweiten Wahl erneut bestätigt ist, auf vielfältigen neuen Strukturen, ist alles andere als das Ergebnis einer vorübergehenden populistischen Mobilisierung.

(5) Die neuen sozialen Protestbewegungen, nicht nur in Südeuropa, werfen einmal mehr die Frage nach dem Verhältnis von Elitenherrschaft und radikaler Demokratie neu auf.

Die fortgesetzte „Maulwurfsarbeit“ ist das eine - das im Epochenbruch wieder einmal kritisch werdende Verhältnis von Elitenherrschaft und radikaler Demokratie (Martens 2015a) das andere. Man könnte meinen, die Frage nach rätendemokratischen Strukturen tauche von neuem auf. Die wohlfeile These wäre dann: die erforderlichen Steuerungsleistungen für hochkomplexe Gesellschaften können so schlicht nicht erbracht werden. Hier gilt es Denkblockaden zu vermeiden. Vielleicht geht es ja gar nicht um die grundsätzliche Infragestellung der repräsentativen Demokratie – trotz aller Spannungsverhältnisse zwischen selbsttätig und basisdemokratisch organisiertem Protest und schon institutionalisierter gewerkschaftlicher Organisationen. Vielleicht wäre zu fragen, wie Repräsentation durch radikaldemokratische Instrumente neu „geerdet“ und rückgebunden werden kann (vgl. Martens 2015a und b).

(6) Die Erfahrungen zeigen: „Alte“ Gewerkschaften und „neue“ soziale Protestbewegungen stehen vor der Herausforderung, das Spannungsverhältnis zwischen ihnen produktiv zu machen.

Es geht nicht nur um das Spannungsverhältnis zwischen Organisationslogik und Basisdemokratie. Es geht vor allem um tief liegende institutionelle Orientierungen in Gewerkschaften wie Parteien - Interessenvertretung versus ‚Selbertun‘, sich neu

⁷ Der Schritt ist dann, wie eine Generation zuvor bei Müller-Jentsch, nicht mehr weit zu einer enttäuschten konservativen Sicht (vgl. Fußnote 2).

„konstituierende Macht“, die „heute nicht mehr ‚Interessenvertretung‘ oder Heilsversprechen für die Zukunft sein“ kann (Azzellini, 509) versus Interessenverband oder politische Partei – und in beiden wird Politik fast ausschließlich repräsentativ gedacht. Arendts Frage nach Handlungsräumen für den Demos selbst, danach wie „die Menschen handelnde Wesen werden“ können, rückt neu auf die Tagesordnung - zusammen mit der Frage wie ein gutes Leben für alle aussehen kann. Auf der einen Seite der alte Traum von „Arbeit-Fortschritt-Glück“ (Martens/Peter/Wolf 1984), dessen Verwirklichung letztlich die gewählten Repräsentanten der lebendigen Arbeit gewährleisten sollten. Auf der anderen Seite die Organisation eigenständiger Handlungsprozesse in neu geschaffenen öffentlichen Räumen zur Bewältigung akuter Probleme hier und jetzt – verbunden mit der radikal neu aufgeworfenen Frage, an welchen Zukunftsversprechen und –orientierungen man sich denn aus der Perspektive der 99 Prozent heraus orientieren kann. Dieses Spannungsverhältnis wurde von den großen, „alten“ Gewerkschaften Spaniens – wohl weitergehend als in Griechenland – ein Stück weit produktiv gemacht. Und das ist sehr bemerkenswert. Fast noch bemerkenswerter sind die kreativen Protestformen von kleineren Gewerkschaften. Die Tiefe der Krise, die Gefährdung der in Bildung und Gesundheitswesen errungenen Fortschritte, das Elend der prekär Beschäftigten spielen hier ihre Rolle; vielleicht aber auch, dass ihnen die ‚klassischen‘ gewerkschaftlichen Routinen noch fremd sind.

(7) Will man dieses Spannungsverhältnis produktiv machen, dann muss man den konservativen Charakter jeglicher Institutionalisierungsprozesse ernst nehmen, ohne ihm zu erliegen.

Die „konservative Seite“ der aus einer alten/vergangenen sozialen Bewegung heraus Organisation und Institution gewordenen Gewerkschaften kommt hier ‚ins Spiel‘. Wird er nicht angemessen reflektiert) endet man schnell bei kurzschlüssigen Wendungen. Müller-Jentsch (1984) ist da aufschlussreich. Es gilt institutionelle Logiken zu erkennen, und anzuerkennen (Rehberg 1994). Sie lassen sich nicht einfach außer Kraft setzen und sie ziehen Grenzen. Die muss man sehen, will man produktiv die Frage stellen, wie neue „Dialogräume“ zwischen Gewerkschaften und sozialen Protestbewegungen zu entwickeln sind, wo sich unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten wechselseitig ergänzen können.

Betrachtet man von einer institutionentheoretisch aufgeklärteren Position das „Selbertun“ in Industrie- oder produktionsnahen Dienstleistungsbetrieben näher, prüft man, ob und wie es die gewerkschaftlichen Routinen ‚sprengt‘ und was daraus folgen kann, dann wird es wirklich spannend. In Deutschland hat dazu – unter noch ganz anderen Rahmenbedingungen - der Siemenskonflikt von 2002 bis 2004 Anschauungsmaterial geliefert Eine ausführliche Analyse liegt vor (Martens/Dechmann 2010, 56-61 und 157-189). In der Literatur zu Südeuropa findet sich bislang nicht viel – womöglich abgesehen von gelegentlich erwähnten Einzelfällen im Zuge von Betriebsbesetzungen. Die These wäre, dass das Spannungsverhältnis zwischen Gewerkschaften und neuen basisdemokratisch organisierten Protestbewegungen

nicht aufhebbar ist. Worauf es ankäme, wäre es auszuhalten und wo irgend möglich produktiv zu machen.

(8) Die NSB in Südeuropa zeigen – wenig überraschend - besondere Konfliktpotentiale im öffentlichen Dienst.

Insbesondere Gewerkschaften, die DienstleistungsarbeiterInnen im öffentlichen Sektor beschäftigen, haben engere Berührungsfelder zu den sozialen Protestbewegungen hergestellt – nicht überraschend, sind doch vor allem in diesen Bereichen die durch die Austeritätspolitik weiter entleerten staatlichen Kassen für die Beschäftigten sofort spürbar, und wird doch der Rückzug eines in den südeuropäischen Staaten ohnehin schwach entwickelten Sozialstaates hier besonders leicht zum auch politischen Skandal. Die in der Logik des neoliberalen Projekts angelegte Privatisierung öffentlicher Dienste, die fortschreitende Aushöhlung von Sozialstaatlichkeit wird zu einem Kristallisationspunkt sozialer Konflikte. Man könnte sagen, die Erfahrungen in Spanien unterstreichen, was hierzulande im Verhältnis von ver.di zu den großen Industriegewerkschaften auch zu sehen ist: unter den Bedingungen des neoliberalen Rollbacks liegt bei ersteren das größere Radikalisierungspotential. Die letzteren als „Kinder des Fordismus“ tun sich demgegenüber weiter schwer. „Klassische“ gewerkschaftliche Handlungsroutrinen sind stärker ausgeprägt und verankert. Zudem sind in den Kernländern der EU mit einer stark exportorientierten Industrie die unmittelbaren Interessen der Arbeitenden auch immer noch eher korporatistisch mit der herrschenden TINA-Politik zu verknüpfen. Anders formuliert: „die Wiederkehr des Politischen gegen den Amoklauf der Ökonomie“ (ISM 2015) kann hier aus „Interessenpolitik“⁸ nur schwer entstehen. Sie ist nur möglich, wenn man theoretisch verstanden hat, dass Politik das „Überschreiten von Interessen“ (Arendt) bedeutet.

(9) Bei der Suche nach neuen Antworten darf man die emanzipatorische Kraft der Subjektivierung von Arbeit nicht außer Acht lassen. Hier liegen die neuen Potentiale einer Demokratisierung der Arbeit.

Die Momente von Selbsttätigkeit und basisdemokratischen Organisationsformen in den NSB und der Vergleich zu ähnlichen Organisationsformen in manchen Arbeitskonflikten hier – der Siemenskonflikt oder auch der Ärztestreik von 2005/6 wurden oben genannt – verweisen auf neue Potentiale einer „Demokratisierung der Arbeit“ (Fricke/Wagner 2012). Nur von hier aus kann ein Weg zu einer „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ führen (Martens 2010, 2015b): Das Demokratiepotehtial, das in den NSB sichtbar wird – in Deutschland auch bei Stuttgart. 21 –, aber auch in einzelnen Betriebsbesetzungen und „Rückeroberungen“ (Griechenland), oder bei der Gründung altbekannter Formen von Selbsthilfe, wie den Kooperativen in Griechenland, bestä-

⁸ In der deutschen Mainstreamsoziologie ist demgegenüber der Begriff der Interessenpolitik geradezu unausrottbar – einerseits als eine Art Nachhall einer früher einmal engeren Affinität zu bestimmten Traditionslinien marxistischen Denkens, andererseits als Ausdruck davon, dass Arbeits- und Industriesoziologen in ihrer fachlichen Spezialisierung sicherlich theoretisch über Arbeit nachdenken, kaum aber einmal wirklich ernsthaft über Politik.

tigt, dass die Demokratisierung der Wirtschaft potentiell in einer „Demokratisierung der Arbeit“ ein solides Fundament finden könnte. Man müsste damit Ernst machen. Wenn die vielberufenen „Arbeitskraftunternehmer“ aus Sicht ihres Managements zum unternehmerischen Mitdenken und zum Selbertun angehalten sind, dann ist doch ganz augenscheinlich ein Potential vorhanden, von dem her die Arbeitenden und ihre Gewerkschaften erweiterte demokratische Rechte in der Sphäre der Arbeit selbst gut begründet fordern könnten.⁹

Ein Hindernis, dieses Potential freizusetzen, liegt aber auch in „klassischen“ gewerkschaftlichen Selbstverständnissen. Die AG Wirtschaftsademokratie von ver.,di hat das angesprochen, wie auch Neuansätze für Veränderung. Doch institutionentheoretisch belehrt muss man wohl sagen: unsere Gewerkschaften tun sich noch immer schwer mit einer Demokratisierung der Wirtschaft, die nicht wesentlich repräsentativ gedacht ist. Um zu erinnern: bei Naphtali waren Repräsentanten und „Austauscheliten“ die entscheidenden Akteure einer Demokratisierung *für*, nicht *durch* die Arbeitenden. Oder „von unten“, von den Potenzialen „neuer Arbeit“ her betrachtet: Wirtschaftsdemokratie als ein treibendes Moment einer radikalen Demokratie, die sich gegen eine sich verfestigende Elitenherrschaft wendet, wäre neu als ein Prozess zu denken, der auch auf eine Veränderung tief verankerter institutioneller Orientierungen von Gewerkschaften zielt.¹⁰

Literatur:

- Ammon, U.; Kern, P.; Martens, H.; Meier, S. (2006): Gewerkschaften und Nachhaltigkeit. Chancen und Barrieren eines Nachhaltigkeitsdialogs? Das Beispiel der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Forschungsbericht, Dortmund
- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich
- (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass. Hgg. von U. Ludz, München, Zürich
- Azzelini, D. (2014): Ein Epochenbruch. Die neuen globalen Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 495-512
- Candeias, M.; Völpel, E. (2014): Plätze sichern! Reorganisation der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg
- Dörre, K. (1999): Global Players, local Heroes. Chancen und Grenzen regionaler Industriepolitik, in: Soziale Welt, 2/1999, S. 189-205
- Enzensberger, H. M. (2011): Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Berlin
- FNPA (2015): Nationale europäische Gewerkschaften in Zweiten der Eurokrise - Entwicklungstendenzen und Strategien im Vergleich, Jahrestagung Berlin 2015, www.FNPA.de
- Habermas, J. „Hannah Arendt“ (1971), in: ders., Philosophisch-politische Profile, erweiterte Ausgabe, Frankfurt/Main-Wien 1987, 223-248.
- (2014): Warum der Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: Leviathan 4/2014, 525-538

⁹ Hier liegt ein zentraler Unterschied zur Habermaschen Kritik, dass nicht Banken, sondern Bürger (...) über Europa entscheiden müssen (Habermas 2015). Habermas nimmt die BürgerInnen nur als Akteure im öffentlichen Raum im Blick, wo ihre aktive Teilhabe weitgehend auf die Wahrnehmung von Wahlrechten reduziert bleibt.

¹⁰ Zu „alter“ und „neuer“ Wirtschaftsdemokratie vgl. Martens 2015b.

- (2015): Sand im Getriebe. Nicht Banken, sondern Bürger müssen über Europa entscheiden, in SZ 23. 06. 2015
- Hoffer, F. (2015): Ein Schrecken ohne Grexit oder Schrexit?, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, 24. 07. 2015, www.gegenblende.de
- Huke, N.,; Tietje, O. (2014): Gewerkschaftliche Erneuerung in der Eurokrise. Neue Organisationsformen der spanischen Gewerkschaften während des Protestzyklus Ab 2011, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 531-548
- ISM (2015): Europe will never be the same again – Statement des Vorstandes des Instituts Solidarische Moderne, Mittwoch 14. 07. 2015
- Köhler, H. D.; Jiménez, J. P. C. (2014): Spanien: Massenmobilisierungen gegen das Austeritätsdiktat, in: WSI-Mitteilungen5/2014, S. 369-377
- Lehndorff, S. (2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – Zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Martens, H. (2008): Primäre Arbeitspolitik und Gewerkschaften im Gesundheitswesen. Der Ärztestreik 2006 als Beispiel primärer Arbeitspolitik in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche, Hans-Böckler-Stiftung Arbeitspapier 143, Düsseldorf
- (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- (2014a): Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Rancière und Foucault zusammen- und weiterdenken, Münster
- (2014b): Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – Zwölf Thesen, in: SPW, Heft 202, Ausgabe 3/2014, S. 50-58
- (2015a): Zwischen Elitenherrschaft und radikaler Demokratie. www.drhelmutmartens.de
- (2015b): Alte und neue Wirtschaftsdemokratie, in: Sozialismus 2/2014, S. 44-48
- (2015c): Europakrise und neuer Protestzyklus – Impuls auch zur Erneuerung der Gewerkschaften? www.drhelmutmartens.de
- Martens, H.,; Dechmann, U., (2010): Am Ende der Deutschland AG, Münster
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (1984): Arbeit und Technik in der Krise. Gewerkschaftliche Politik und alternative Bewegung, sfs-Beiträge aus der Forschung, Band 2, Dortmund
- Müller-Jentsch, W. (1984) Klassen-Auseinander-Setzungen. Lesarten über die Arbeitskonflikte der siebziger Jahre und Mutmaßungen über die Zukunft der Gewerkschaften, in: Prokla 54, S. 10-32
- Oertzen. P. v. (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg
- PROKLA-Redaktion (2014); Editorial: Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S.466-474
- Rehberg, K.-S. (1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Göhler, GT. (Hg.): Die Eigenart politischer Institutionen, Baden-Baden
- Rieger, A. (2014): Umkämpftes Projekt Europa. Europapolitische Debatten der Gewerkschaften seit den 1970er Jahren, in: Widerspruch – 65/2014, S. 81-91
- (2015): Perspektiven der europäischen Gewerkschaften nach der Krise – gibt es gemeinsame Handlungsperspektiven? Vortrag auf der FNPA-Jahrestagung 2015 „Nationale europäische Gewerkschaften in Zeiten der Eurokrise - Entwicklungstendenzen und Strategien im Vergleich
- Roth, R. (2012): Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2012, S. 21-31
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens., H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster
- Verheugen, G. (2015): Die Griechenlandhetze hat bei uns angefangen, interview „Deutschland Kultur“ 06.07.- 2015, http://www.deutschlandradiokultur.de/guenter-verheugen-zum-greferendum-die-griechenland-hetze.1008.de.html?dram:article_id=324599
- Vogiatzoglou, M. (2014): Die griechische Gewerkschaftsbewegung: Protest- und Sozialbewegungen im Kontext der Austeritätspolitik, in: WSI-Mitteilungen5/2014, S. 361-368
- Zinn, K. G. (2015): Troika gegen Syriza – mehr als nur politisch unkorrekte Semantik, in: Sozialismus, 7/8 2015, S. 26f